

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Höhere Aktienkurse von FL-Gesellschaften

Die liechtensteinischen Aktiengesellschaften, die an der Zürcher Börse vertreten sind, gehören zu den Gewinnern. Aus einer Aufstellung der «Schweizerischen Handelszeitung» über die Schweizer Aktien (mit Einschluss der liechtensteinischen Aktien) geht hervor, dass alle im ersten Halbjahr 1993 zulegen konnten.

- An zweiter Stelle der Rangliste stehen die Partizipationsscheine der VPBank mit einem Plus von 115,1 % gegenüber dem Aktienkurs von Ende 1992. Damals lag der Kurs bei 152, am 30. Juni bei 327 Fr.
- Die BIL-PS liegen mit einem Kursanstieg von 280 auf 495 Fr. oder einer Steigerung um 76,8 % ebenfalls in den vorderen Rängen.
- Die Hilti-PS weisen seit Jahresende 1992 einen Anstieg um 58,5 % auf 599 Fr. (vorher 378 Fr.) auf.
- Die Inhaber-Aktien der VPBank lagen Ende Juni bei 1400 Fr. Der Anstieg in der ersten Jahreshälfte von 910 auf 1400 Fr. beläuft sich auf 53,8 %.
- Die PS der Landesbank scheinen mit 268 Fr. (Jahresende 1992 noch 199 Fr.) in der Rangliste auf, was einer Steigerung von 34,7 % entspricht. Allerdings sind die Landesbank-PS inzwischen durch Aktien abgelöst worden, so dass der Anstieg Ende Jahr aussagekräftiger ausfallen wird.

SBG komplettiert Hypozinsrunde

Zürich (AP) Die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) hat am Freitag die jüngste Hypothekenzinsrunde vervollständigt. Sie gab als letztes massgebliches Geldinstitut eine Senkung der Hypozinssätze im Wohnbau um einen halben Punkt auf 6,0 Prozent bekannt. Im Neugeschäft tritt der neue Ansatz sofort in Kraft, für bestehende Hypotheken am 1. September.

Die grösste Schweizer Bank – mit ausstehenden Hypotheken im Wert von rund 57 Milliarden Franken Marktleaderin im Grundpfandgeschäft – nimmt auch die Hypothekenzinssätze für gewerblich-industrielle Bauten um einen halben Prozentpunkt zurück, wie Banksprecher Robert Vogler auf Anfrage sagte. Der entsprechende Satz beläuft sich künftig auf 6,25 Prozent. Drei- bis fünfjährige Festhypotheken für den Wohnbau sind laut Vogler bei der SBG für 5,5 Prozent erhältlich.

Die SBG bestatigt mit diesem Entscheid ihre wiederholt bekräftigte Politik kurzer Ankündigungsfristen, welche eine grössere Flexibilität ermöglichen sollte die Bank weiter mit.

RENOMMIERTESTEN
ZWANZIG DER WELTWEIT

huber
Schweizer Markenuhren

BLANCPAIN

Priorität für Landtagsreform oder für die Regierungsreform?

Die Regierung hat ein Grundsatzpapier für die Reform der Regierung vorliegend – Forderung der FBP-Fraktion nach Landtagsreform

(G. M.) – Während den Koalitionsverhandlungen war die Rede von einer dringenden Regierungsreform, der neugewählte Landtag brachte die Idee einer Landtagsreform. Zwei grosse Reformvorhaben stehen damit in der soeben begonnenen Legislaturperiode an, die – bei sachgerechter Durchführung – in nächster Zeit ein erhebliches Mass an Arbeit nach sich ziehen werden. Gefragt sind aber in der jetzigen Phase nach dem Übergang zum Drei-Parteien-System nicht nur Leistungsbereitschaft, sondern ebenso Mut zu echten Reformen, Flexibilität, Perspektiven und alternatives Denken.

Die bisherigen Reformbestrebungen sind in den letzten Jahren, obwohl in Begleitung von zuversichtlichen Prognosen über die Umsetzung der Vorstellungen in absehbarer Zeit, sowohl auf Regierungsebene wie auch auf Landtagsebene in den Anfängen steckengeblieben. Der Landtag kämpfte zwar die veraltete Geschäftsordnung etwas durch und richtete ein Sekretariat ein, doch was allgemein unter Parlamentsreform verstanden wird, fiel weitgehend unter den Tisch oder wurde von der damaligen Mehrheitspartei mit ihrer bequemen Stimmmehrheit vom Tisch gefegt. Die Regierung brachte es gar nur auf interne Papiere, die in erster Linie den Bereich

des Unterbaus der Regierung erfassten, der zur Entlastung der Regierungsmitglieder entsprechend verstärkt werden sollte.

Parlamentsreform: Altes FBP-Anliegen

Der parlamentarische Vorstoss der FBP-Fraktion zur Durchführung einer Parlamentsreform entdeckt kein Neuland, sondern bildet nur die konsequente Fortsetzung früherer Forderungen. Die Änderung der parteipolitischen Verhältnisse, die nach der Abwahl des Zwei-Parteien-Systems das bisherige Schwarz-Rot-Denken abzulösen beginnen, sind zweifellos ein vielversprechender Anfang, dass dem FBP-Vorstoss diesmal mehr Durchsetzungschancen eingeräumt werden können.

Bereits 1977 erfolgte ein erster Anlauf der FBP-Fraktion, um die erkannten dringlichen Parlamentsreform an die Hand zu nehmen. Die damals gebildete Kommission, deren Aufgabenbereich durch die VU-Fraktion eingegrenzt werden wollte, wurde schon kurze Zeit nach dem Verlassen der Startlöcher auf eine tote Bahn umgeleitet, der VU-Wahlerfolg 1978 (zur Erinnerung nur mit Mandatsmehrheit, während die absolute Mehrheit der Stimmen die FBP auf sich vereinigen konnte) liess sie end-

gültig in Vergessenheit geraten. Neue parteipolitische Konstellationen, neue Kräfte im Landtag, angekündigtes sachpolitisches Denken und Handeln aller Kreise lassen die Hoffnung aufkeimen, dass in absehbarer Zeit mit der Reform zumindest begonnen wird.

Regierungsreform belastet

Das Umfeld für die Reform der Regierung gestaltet sich zweifellos schwieriger, weil die Reformarbeiten durch die Auseinandersetzungen während den Koalitionsverhandlungen vorbelastet sind.

Die Debatte im Landtag über die Anstellungsquote des nebenamtlichen VU-Regierungsrates Dr. Michael Ritter gab eine Kostprobe davon, wie schwierig sich die Reformarbeiten voraussichtlich gestalten werden. Nicht die Logik oder der Sachverstand für diese heikle Materie stand im Vordergrund, sondern die Stimmmehrheit, die den Ausschlag für die eine oder andere Seite geben sollte.

Die FBP-Fraktion blieb mit ihrer Auffassung allein, dass eine Änderung in der Struktur der Anstellungsverhältnisse nur nach der Durchführung einer Regierungsreform vorgenommen werden dürfte. Für die VU-Fraktion, deren Bindung an die vorausgegangenen Forderungen

in den Koalitionsverhandlungen unverkennbar war, blieb die Beschäftigungsquote für ihren nebenamtlichen Regierungsrat der Dreh- und Angelpunkt, dem sie ihre gesamte Argumentation unterstellte, während die Freie Liste ein gewisses Desinteresse an dieser Frage signalisierte – und letztlich für die Erhöhung des Beschäftigungsgrades votierte.

Ob die im Vorfeld und während dieser Debatte bekräftigte Absicht, auch nach der Erhöhung des Anstellungsverhältnisses für eine Regierungsreform einzutreten, tatsächlich in die Tat umgesetzt wird, dürfte sich bald weisen. Die Regierung besitzt, wie am Pressegespräch dieser Woche erklärt wurde, ein Grundsatzpapier für die Reformvorstellungen. Die vorherige Regierung unter VU-Mehrheit besass auch ein Papier, doch blieb die VU-Lust an Veränderungen derart gering, dass eine Schublade die zu Papier gebrachten Reformvorstellungen aufzunehmen hatte.

Über die Sommermonate wird voraussichtlich weder an der Parlamentsreform noch an der Regierungsreform stark gearbeitet. Doch im Herbst kommt die erste Nagelprobe für jene Kräfte, die sich bisher nur verbal für Reformen eingesetzt haben.

Die Wiederherstellung von Schloss Vaduz

Zwei gewichtige Bände sind über das Wahrzeichen unserer Residenz erschienen – Burgdenkmalpflege



Schloss Vaduz stand in den letzten Wochen im Mittelpunkt wegen der Hochzeit des Erbprinzenpaares. Kurz zuvor gab der Historische Verein für das Fürstentum Liechtenstein ein zweibändiges Werk heraus, das sich mit der Wiederherstellung von Schloss Vaduz 1904 bis 1914 befasst. Mehr über die beiden gewichtigen Bände über die Burgdenkmalpflege zwischen Historismus und Moderne auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Teuerungsrückgang hellt das Konjunkturbild auf

Jahresteuerung auf 3,1 Prozent gefallen – BFS verweist auf Einfluss der saisonal schwankenden Preise

(AP) Die Entwicklung der Teuerung im schweizerisch-liechtensteinischen Wirtschaftsraum hat auch im Juni das Konjunkturbild etwas aufgehellt: Innere Monatsfrist blieben die Preise stabil, und die Jahresteuerung fiel von 3,6 auf 3,1 Prozent. Die Nationalbank rechnet bis Ende Jahr mit einem weiteren Rückgang.

Das Bundesamt für Statistik (BFS) ermittelte die Teuerungsentwicklung nach der Umstellung im Mai erstmals mit dem erneuerten Warenkorb. Der neue Landesindex der Konsumentenpreise blieb unverändert bei 100 Punkten, wie das BFS am Freitag mitteilte. Dies entspricht 138,4 Punkten nach altem Index, verglichen mit 138,5 Punkten im Mai. Damit bestätigte sich die Erwartung des BFS, dass sich die Umstellung des Index kurzfristig kaum auf das Resultat auswirkt. Weil die Monatsteuerung im Juni letzten Jahres noch 0,4 Prozent angestiegen war, ging die Jahresteuerrate von 3,6 auf 3,1 Prozent zurück. Im April war mit 3,8 Prozent die höchste Teuerung im laufenden Jahr verzeichnet worden. Das Preisniveau der Inlandgüter blieb im Juni stabil, während es bei

den Importgütern um 0,1 Prozent tiefer lag. Im Jahresvergleich machten die Inlandteuerung 3,6 Prozent und die importierte Teuerung 1,7 Prozent aus.

Nahrungsmittel unverändert

Der Teuerungsrückgang lässt sich zum Teil mit der stark witterungsabhängigen Entwicklung der Früchte- und Gemüsepreise erklären, wie BFS-Sektionschef Dieter Koch auf Anfrage erläuterte. Nachdem im Juni vergangenen Jahres allein die deutlich gestiegenen Früchte- und Gemüsepreise einen Teuerungsschub von 0,2 Prozentpunkten bewirkt hatten, blieben sie dieses Jahr insgesamt praktisch stabil. Zwar verteuerten sich Steinobst und Zwiebelgemüse, doch wurden Salat- und Kohlgemüse billiger. Die höheren Schweinefleischpreise wurden durch sinkende Preise für Süssgetränke und Mineralwasser kompensiert. Insgesamt blieb der Index für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren unverändert.

Auch in der Gruppe Wohnungseinrichtung glichen sich die leichten Preisbewegungen aus. Etwas teurer wurden Waren und Dienstleistungen für die lau-

fende Haushaltsführung, etwas billiger elektrische Haushaltmaschinen, Schlafzimmermöbel, Geschirr und Besteck. In der Gruppe Verkehr und Kommunikation wurden nur die Treibstoffpreise erhöht, die im Vergleich zum Vormonat um 0,1 Prozent nachgaben, jedoch 16,4 Prozent über dem Vorjahr lagen. Dank rückläufiger Heizölpreise reduzierte sich der Index für Wohnungsmiete und Energie um 0,1 Prozent.

Es sei erfreulich, dass die Teuerung so rasch zurückgegangen sei, sagte Nationalbank-Sprecher Werner Abegg auf Anfrage. Die Nationalbank erwartet weiterhin, dass die Teuerungsrate bis Ende Jahr unter drei Prozent sinkt. Wie weit sie sich der Zwei-Prozent-Marke nähert, hängt laut Abegg zu einem guten Teil von der Entwicklung der Mieten ab. Das Bild sei gemischt, da die Kantonalbanken noch nicht in allen Kantonen auf einem einheitlichen Hypothekenzinssatz und die Termine für eine mögliche Weitergabe an die Mieter unterschiedlich seien. Da die Mieten im neuen Index viertel- und nicht nur halbjährlich ermittelt werden, würden Mietzinsermässigungen im Index rascher sichtbar.

Konkurse massiv angestiegen

St. Gallen (AP) Die Zahl der pleite gegangenen Firmen hat sich im ersten Halbjahr dieses Jahres drastisch erhöht. So wurden im ersten Semester 1993 im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) 2894 Firmenkongresse veröffentlicht; das sind 23,1 Prozent mehr als in der entsprechenden Vorjahresperiode, wie der Schweizerische Verband Creditreform am Freitag in St. Gallen mitteilte.

Nach Bereichen aufgeteilt zeigt die Konkursstatistik eine starke Zunahme in der Industrie, wo sich der Anteil der Konkurse von 7,9 Prozent im zweiten Semester 1992 auf 10,3 Prozent im ersten Halbjahr 1993 erhöhte. Deutliche Zunahmen verzeichneten laut Angaben der Wirtschaftsauskunftei Creditreform im Industriebereich vor allem die graphische Branche und die Sparte Elektro/Elektrotechnik.

MINOLTA

DYNAX 7xi

Die erste Autofokus Spiegelreflexkamera mit drei intelligenten Expert-Systemen. Die Dynax 7xi wird in der neuen Weltweit-Start-Edition präsentiert.

Dynax 7xi AF 35-105 mm F1:4-5.6

Aktion Fr. 1148.-

Bis 17. 7. 1993 – Gratis
1 Settasche
1 Dynax-Trag-Gürtel

Tele. TIMEX Ltd. by
Telefon 075 / 392 34 88
Luzern, Postfach 117
FL-9495 TRIESEN

WELTNEUHEIT